

++++
**Newsletter Entwicklungszusammenarbeit 3/2007 von Gisela Splett,
entwicklungspolitische Sprecherin Grüne Landtagsfraktion Baden-Württemberg**
++++

Liebe Leserinnen und Leser,
mit diesem Newsletter möchte ich Sie wieder über entwicklungspolitische
Neuigkeiten aus dem Landtag informieren. Ich wünsche eine anregende Lektüre
und hoffe auf Anregungen von Ihrer Seite.
Herzliche Grüße aus Karlsruhe/Stuttgart,
Gisela Splett

1) BERATUNG DES ANTRAGS ZUM BESCHAFFUNGSWESEN OHNE KINDERARBEIT

Der bereits im letzten Jahr von mir eingebrachte Antrag zum Ausschluss von
Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Beschaffungswesen des Landes
wurde am 09. Mai im Wirtschaftsausschuss debattiert. Erfreulich war, dass
alle Fraktionen die ablehnende Antwort des Wirtschaftsministeriums
(nachzulesen unter www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0508_d.pdf)
kritisierten. Der Antrag wurde noch nicht für erledigt erklärt, sondern das
Wirtschaftsministerium aufgefordert, nachzubessern und Wege aufzuzeigen,
wie die Problematik der ausbeuterischen Kinderarbeit angemessen im
Beschaffungswesen des Landes berücksichtigt werden kann.
Inzwischen ist der bayerische Landtag schon weiter: Mit einem Beschluss des
interfraktionellen Antrags zu Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus
ausbeuterischer Kinderarbeit im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens
ist noch vor den Parlamentsferien zu rechnen. (Antrag siehe www.landtag-bayern.de/ElanTextAblage_WP15/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000004500/000004609.pdf)

2) ENTWICKLUNGSPOLITISCHER BERICHT DES LANDES 2001 - 2005

Der von uns Grünen wiederholt eingeforderte Bericht zu Entwicklungs-
zusammenarbeit des Landes in der vergangenen Legislaturperiode ist
inzwischen auf der Homepage des Wirtschaftsministeriums zu finden und
sollte am 24. Mai im Plenum des Landtags debattiert werden.
Die CDU-Fraktion drängte angeblich wegen der fortgeschrittenen Zeit darauf,
auf die Debatte zu verzichten und die Redemanuskripte lediglich zu
Protokoll zu geben. Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion
Bernhard Lasotta hat den Wunsch, auf die Aussprache zu verzichten
allerdings mit der Zusage verbunden, sich dafür einzusetzen, das Thema bei
der Behandlung der Großen Anfrage der CDU zur Entwicklungszusammenarbeit an
„prominenterer“ Stelle, das heißt zu einer früheren Uhrzeit zu platzieren.
Darüber hat letztlich das Präsidium zu entscheiden. Wir werden das unsere
dazu beitragen.
Bericht zur Entwicklungszusammenarbeit des Landes:
www.wm.baden-wuerttemberg.de/fm/1106/Entwicklungspolitische%20Bericht.pdf
Plenarprotokoll: www3.landtag-bw.de/Wp14/Plp/14_0026_24052007.pdf (S. 84-
89)
Große Anfrage der CDU: www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14_1265.html

3) ANTWORT ZU BURUNDI-ANTRAG

Die Antwort der Landesregierung auf unseren Antrag zur Partnerschaft mit
Burundi ist aus unserer Sicht nicht sonderlich ergiebig. Als positiv ist zu
vermerken, dass die Regierung einer Delegationsreise nach Burundi
aufgeschlossen gegenübersteht.

Antrag mit Antwort:
www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14_1009_D.PDF

4) RUNDER TISCH ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Am 26. April fand zum 2. Mal in dieser Legislaturperiode ein Runder Tisch zur Entwicklungszusammenarbeit im Landtag statt. Anwesend waren die entwicklungspolitischen SprecherInnen der Fraktionen (CDU: Abg. Lasotta, SPD: Abg. Hausmann, FDP: Abg. Theurer) sowie Vertreter mehrerer Nicht-Regierungs-Organisationen. Thema war die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Lande. Das nächste Zusammentreffen der entwicklungspolitischen SprecherInnen der Fraktionen mit den NROs soll im Herbst zum Thema „Nachhaltigkeit“ stattfinden, dann auf Einladung von uns Grünen.

5) GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE

In einem gemeinsamen Antrag haben die Fraktionen von SPD und GRÜNEN die Landesregierung aufgefordert, die Global Marshall Plan Initiative, in deren Zentrum die Umsetzung der Millenniumsziele steht, zu unterstützen. Die Landesregierung steht der „Global Marshall Plan“ Initiative „eher zurückhaltend gegenüber“ und spricht sich in ihrer Antwort auf den Antrag gegen eine Unterstützung der Initiative aus. Der Antrag wurde ins Plenum überwiesen und wird dort debattiert und abgestimmt werden.

Antrag „Global Marshall Plan Initiative in Baden-Württemberg“

www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14_1201.html

Homepage der Global Marshall Plan Initiative: www.globalmarshallplan.org

6) MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN CHINA

Immer wieder erreichen mich schockierende Meldungen über Menschenrechtsverletzungen in China. Berichtet wird von chinesischen Todeslagern, sogenannten Laogai-Lagern, in denen politische Dissidenten ebenso drangsaliert werden wie Menschen, die wegen allgemeiner, nicht selten auch kleiner Delikte verurteilt sind. Betroffen sind auch Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten. Der Bundestag hat am 10. Mai eine Resolution verabschiedet, in der das System der Laogai-Arbeitslager in China scharf verurteilt wird.

Das Land Baden-Württemberg pflegt vielfältige Kontakte mit China und unterhält seit 1986 Partnerschaften zu zwei Provinzen. Grund genug, per Antrag die Haltung des Landes zum Thema Menschenrechtsverletzung in China auf die Tagesordnung zu setzen.

Antrag: www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14_1437.html

++++
Gisela Splett MdL
Büro im Landtag
Mitarbeiter: Alexander Geiger
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart
Telefon: 0711-2063-966
Fax: 0711-2063-660
Mail: gisela.splett@gruene.landtag-bw.de
Homepage: www.gisela-splett.de
++++